

Zeitung

Landeszeitung für die Provinz Sachsen

1909. Nr. 114.

für Anhalt und Thüringen.

Jahrgang 202.

Verleger: Dr. Walter Göttsche in Halle a. S.

Zweite Ausgabe

Druckerei: Dr. Walter Göttsche in Halle a. S.

Verlag: Dr. Walter Göttsche in Halle a. S.

Dienstag, 9. März 1909.

Verlag: Dr. Walter Göttsche in Halle a. S.

Zur Lage auf dem Balkan.

Der Vortragsbericht zum österreichisch-ungarisch-serbischen Entente-Protokoll, der der kaiserlichen Kammer vorgelegt wurde, enthält die bekannsten Einzelheiten der Verhandlungen mit Österreich-Ungarn vom Zeitpunkt der Erklärung Bosniens und der Herzegovina bis zum Abschluss der Entente.

Er hebt die Unmöglichkeit für die Türkei hervor, Oesterreich-Ungarn durch Gewalt zu zwingen, auf die Annexion zu verzichten. Deshalb ist es notwendig gewesen, den Weg von Konventionen zu betreten, der auch von den vereinigten Mächten gegolten würde. Der Vortragsbericht enthält die im Protokoll enthaltenen Vorschläge, die im Wesentlichen in einem Vorschlag unterteilt sind, wo wir mit bestimmten Sonderangelegenheiten zu kämpfen hatten, deren Natur und Grad der Kammer nicht unbekannt sind, und da es alle Vorteile enthält, die, wie auch die Mächte sofort anerkannten, die Türkei in den gegenwärtigen Lage erziehen konnte, erwarten wir mit Interesse von dem ersten Rat der Konferenz der Deputierten, dass sie, wenn sie die erlangten Resultate mit den Erfordernissen der Zeit in Einklang bringen und die Schwierigkeiten in Betracht ziehen, die sich noch vermerken würden, wenn an Stelle der Entente die bosnische Frage in suspensa gelassen würde, nicht zögern werden, das Protokoll anzunehmen.

Zu Beginn der Montag-Sitzung der kaiserlichen Deputierten-Kammer gedachte der Präsident des verstorbenen Justizministers und Abgeordneten für Konstantinopel und verlor ein Schreiben der deutschen Reichsregierung, in dem diese der Kammer zu dem schweren Verlust ihre Teilnahme ausdrückt. Sodann folgte der Präsident den Eingang des österreichisch-ungarischen Vorschlags, beide Dokumente der Kommission für auswärtige Angelegenheiten zu überweisen und die Debatte darüber so lange zu vertagen, bis der Bericht der Kommission eingelaufen sei. Das Haus folgte der Debatte über die Vorkonventionen fort und überließ eine Anzahl von Anträgen dem Ausschuss, darunter einen Antrag, die Entente aus dem Vertragsgesetz dem Ratifizierungsgesetz zu überweisen, einen anderen, die Annahme für den Kaiserbescheid, abzustimmen.

Der stellvertretende türkische Minister des Auswärtigen, Handelsminister Aloxandruhan, erklärte die in auswärtigen Kreisen aufgetauchten Meldungen von einer Verletzung der Entente durch die Türkei durch Abtretung eines Territoriums des Sandjaks Robibazar, der Worte für hierbei nicht bekannt, und es ist völlig ausgeschlossen, dass die Türkei darauf eingehen würde. In dieser Form aufzutreten Gerüchte seien auch nicht glaubwürdig. Es könne sich höchstens um die Wahlstätte von Robibazar handeln; die Serben hätten immer den Wunsch geäußert, diese Wahlstätte zu haben, um eine Verbindung mit dem Meer zu haben; in letzter Zeit sei jedoch davon nicht mehr die Rede gewesen. Die Türkei müsse auch dieses Projekt ablehnen, da sie den Wahnbau selbst auszuführen beabsichtige und die Linie bereits in dem der Kammer vorgelegten Exposé der geplanten Wohnbauten aufgeführt sei.

Der Abgeordnete Korpspräsident des kaiserlichen Reichstages, meinetwegen, habe aus amtlicher schriftlicher Quelle erfahren, dass die russische Regierung den kaiserlichen Ferdinand von Bulgarien während seines Aufenthalts in Petersburg eine wirtschaftliche Anerkennung an Serbien auf der Basis der Pollution von 1904 vorgelegt habe. Durch Vermittlung der Vertretungen in Belgrad und Sofia seien entsprechende Verhandlungen eingeleitet worden. In amtlichen schriftlichen Kreisen hoffe man auf eine Verständigung.

Bei Schluss der Debatte erfahren wir aus Belgrad: Es verlautet, Russland habe die serbische Regierung um einräumende Aufklärung über einige Stellen der serbischen Antwort erfragt. Die Veröffentlichung der Antwort werde erfolgen, sobald aus Petersburg die zweite und endgültige Zustimmung hierzu eingetroffen sei.

Die Mitteilung, dass die österreichisch-ungarische Regierung beschlossen habe, den Handelsvertrag mit Serbien nicht den Parlamenten zu unterbreiten, rief in der serbischen Handelswelt einen unglücklichen Eindruck hervor, weil hierdurch der Wiedererrichtung normaler Handelsbeziehungen mit der benachbarten Monarchie neue große Hindernisse in den Weg gelegt werden.

Schließlich gehen wir noch folgende Nachricht aus Konstantinopel mit: Das Wort "Sabah" meldet, dass Bulgarien gegenwärtig öffentlich und in noch größerem Umfang als früher seine militärischen Vorbereitungen fortsetze. Es habe abermals die Mobilisierung der achten Division angeordnet.

Deutsches Reich.

* Vom Kaiser. Der Reichsanzeiger* meldet: Se. Majestät der Kaiser nahm Montag vormittag im Kleinen Saal bei Potsdam den Vortrag des Chefs des Zivilkabinetts, Grafen Geheimen Rats v. Alentini entgegen. — Montag abend nahm der Kaiser, der Kronprinz und Prinz August Wilhelm an einem Essen im Offizierskasino des Regiments der Garde du Corps teil.

* Aus dem Reichstagen. Der Reichstag der Reichstagen* meldet: Der Großherzog empfing Montag abend den Präsidenten des Deutschen Reichstages Grafen v. Helldorf und das Reichstagsmitglied des Reichstages Grafen v. Helldorf. Reichstagsmitglied des Reichstages Grafen v. Helldorf, der auch an die beiden genannten Herren Einladungen ergangen waren. * Bei der gestrigen Reichstagswahl im Wahlkreis 6 Hannover erhielt v. Danneberg (Welse) 12 575 Stimmen, v. Heiligenstadt (N.) 10 160 Stimmen. Ersterer ist somit gewählt.

Preussischer Landtag.

Abgeordnetenhaus.

48. Sitzung vom 8. März, 12 Uhr.

Am Ministerial: Dehrsd.

Auf der Tagesordnung stehen zunächst

Wahlprüfungen.

Das Haus beschließt gemäß dem Kommissionsantrag bei der Wahl des Abg. Planke (son.) Beurlaubung und Verweigerung, bei der Wahl der Abg. Otto (son.), von Albrecht (W. d. L.), Zuerke (son.), Graf von Goltzheim (son.) und v. Wittich und Graf von (son.), Kapiza und Wobatz (son.), Schmiebing (son.) und v. Stodhausen (son.) Gültigkeit.

Darauf wird die allgemeine Besprechung über den Etat der Handels- und Gewerbeverwaltung

fortgesetzt. Abg. Borgmann (Soz.): Die Vorschläge auf den Minister unterbreiten wir nicht. Die oberen Regierungsorgane sind lediglich Kommissar der betreffenden Mächte. Abg. Malleschke fragt, ob ein Streik das Handwerk nicht bedroht hat. Aber wer sitzt in den Streiktagen? Doch die Freunde des Herrn Malleschke. Die Mittelstandspolitik der Konfessionen ist eben nur Scheinpolitik, bestimmt, die Dummheit hinter das Licht zu führen. Herr Malleschke's Ausführungen über die Sozialpolitik konnten nur dazu bestimmt sein, diese Politik zum Stillstand zu bringen. Der konfessionelle Redner verweist auf die seit 1871 erlassenen Arbeitergesetze. Sind nicht auch die Anforderungen an die Arbeiter gestiegen? Ein Minister, der sich seine Markgrüte durch Anmaßungen vorzeichnen ließe, wie Herr Malleschke sie betreibt, hat, wäre ein Arbeiterfeind und müßte so schnell wie möglich befristet werden. (Große Heiterkeit rechts.) Redner begründet einen Antrag auf Zurücknahme von Vergütungen und Arbeitern zur Gewerbeinspektion und Zurücknahme von mindestens einer dreißigsten Stelle in jedem Inspektionsbezirk.

Abg. Gammner (son.): Herr Gröger beauftragte am Sonntagabend, gegenüber dem Herrn Abg. Malleschke, der Breslauer Handelskammertag habe sich gegen die Schutzpolitik ausgesprochen. Das ist unzutreffend, wie ich aus dem mir vorliegenden Protokoll nachweisen konnte. (Sehr laut rechts.) Die Vorlage des Mittelstands ist für gar nicht beizubehalten. Das Wohlwollen des Mittelstands für Selbstschutze ist dankenswert; leider will der Minister aber staatliche Mittel hier nicht stiftig machen. Die Handelskammern werden von den Behörden noch viel zu wenig gehört. Die Teilnahme von Beamten an den Konsumvereinen können wir nicht billigen. Wir hoffen, daß der Minister sie nicht mehr, wie vor zwei Jahren, als eine Notwendigkeit ansehen wird. Die geplante weitere Beschränkung der Sonntagsruhe müssen wir ablehnen, sie schädigt den Mittelstand. Die Schaufensterverhängung sollte wieder befristet werden. (Beifall.)

Minister Dr. Dehrsd.: Von verschiedenen Rednern ist die Wirtschaftspolitik des Deutschen Reiches zur Besprechung gebracht, und teils gelobt, teils getadelt. Nach meiner Ansicht kann man die Wirtschaftspolitik eines großen Staates nicht nach einzelnen Erscheinungen beurteilen, sondern nur in ihrer Gesamtheit. Es liegt der Sache annehmlich fern, Man sich nicht hüten, während er bestimmten Dauer Eingriffe in die einmal festgelegte Politik zu machen. Man muß sich insbesondere hüten, die Aufhebung der Zölle zu verlangen, nachdem man vorher ihre Vorteile genossen hat. Man kann nicht auf der einen Seite die Vorteile einer solchen Politik für sich in Anspruch nehmen und sie gleichzeitig anderen mißgönnen. Unter der Wirtschaftspolitik der letzten 30 Jahre ist es uns nicht selbst ergangen. Auch die Arbeiter sind nicht zu kurz gekommen. Die Stärkung des Inlandmarktes ist eine direkte Folge der Schutzpolitik. Nur der Mittelstand ist nicht voll auf seine Rechnung gekommen. Auch in meinem Vortrage sind Interessen vertreten, die nicht immer parallel laufen. Da gibt es nach einem gewissen Ausgleich zu streben. Abg. Malleschke verlangt eine unrichtige Berücksichtigung der Handelskammern. Aber bei der Feststellung der Zolltarife sind auch die Handelskammern nicht befragt worden, sondern die einzelnen Geschäfte. In anderen Fragen wandte ich mich an den Vorstand des Handelskammertages und erhielt stets absolut zuverlässige Berichte. Was die Wiedereinrichtung betrifft, so habe ich mich Handhabung für die Lebenszeit ausgelegt, aber ich möchte es empfehlen, die Beschäftigung der Betriebe durch die Gewerbeaufsichtsbüroausrichtungen zu beantragen, die Rat ist vielfach nicht befolgt worden. Ueberhaupt verdienten konnten wir auf die Verbannung nicht. Erleichterung für die Lebenszeit oder gewöhnlich wird. Man mag weiter, bei Vergebung von Arbeiten durch Wöchner werden das Handwerk nicht genügend berücksichtigt. Im allgemeinen lassen die Vorschläge diese Maßnahme nicht vernünftig. Zur Entschärfung des Gesetzes über die Gewerbeaufsicht sind auch Handwerker und Arbeiter eine gemeinschaftliche Anstalt — in Preußen etwa das Oberverwaltungsgericht — eingesetzt. Der Wohnungsgesetzentwurf ist jetzt ungarbeitet. Es wird überlegt, ob die Vorlage dem Landtage im nächsten Herbst unterbreitet werden soll. Was das Gewerkschaftswesen im Handwerk betrifft, so ist eine Förderung nur möglich, wenn die Gewerkschaften der Handwerker auch Handwerker sind. Die Beamtenkonsumvereine können nicht über einen Stamm geschlossen werden. In größeren Orten sollten Beamte in die Leitung von Konsumvereinen nicht eintreten, wenn andere geeignete

Personlichkeiten vorhanden sind. Verboten kann den Beamten die Beteiligung an Konsumvereinen natürlich nicht werden. Aber die Handelskammern gehen in die Anstellungen noch stark auseinander. Ich vermute ich glaube, sie sind notwendig und nützlich, wo sie einem örtlichen Bedürfnis entsprechen und die Unterstützung großer Korporationen finden. Die Verleugung sind gewiß nutzbringend. Aber der Staat kann hier vorwiegend nur Anreize geben. Der sozialdemokratische Antrag überläßt, daß die Zahl der Gewerbeaufsichtsbeamten bei uns schon jetzt erheblich geringer ist als in den fünf größten Industriestaaten. Die allgemeinen Aufstellungen des Abg. Borgmann müßen der Sache nicht. (Sehr richtig!) Einzelne will ich gern unterziehen. Aber die ganze Rede war wohl weniger für mich bestimmt als für Kreise außerhalb des Hauses. Ich habe mich über die betriebe allezeit Aufhebung Ihres Vertrauens sehr gefreut; ich fasse dieses Vertrauenswort als eine Mahnung für mich auf, in meine Pflicht zu treten. Herr Borgmann hat mich einen Volkseind gemacht. Ich stelle fest, daß ein Volk nicht nur aus Arbeitern besteht, nicht nur aus Händlern, sondern auch aus Kämpfen. Die Arbeiter nehmen die Interessen unserer Arbeiter zu pflegen und zu schützen, aber wir werden darüber auch die Sorge zu tragen, die Interessen der übrigen Kreise des Volkes nicht vergessen. (Beifall.)

Abg. Dr. Sieber (Soz.): Die neueste Statistik erweitert die Gesundheits- und Lebensfähigkeit des Handwerks. Ich bin dem Minister dankbar, daß er die Unterstützung der Gewerkschaften zugelassen hat. Wie steht es mit der Förderung der Arbeitlosen? Die Zahl der Gewerbeaufsichtsbeamten muß vermehrt werden.

Abg. Dr. Girsch (natl.): Die Ausführungen des Abg. Malleschke über die Sozialpolitik habe ich dahin verstanden, daß er ein ruhigeres Tempo wünschte und vor weiterer Belastung der Arbeitgeber warnte. Die von Malleschke empfohlene Vorsicht wird am Platze sein. In der Beurteilung der Beschäftigungswirtschaft einer ländlichen Landwirtschaft in einer prosperierenden Industrie stimme ich dem konfessionellen Redner gleichfalls zu. Mit dem Großen Ganzen würde ich die Aufhebung der Arbeitslosen liegt aber nicht auf vollkommene Gebiete, sondern in der Verbesserung der Transportverhältnisse. (Beifall.) Die Beratung wird auf abends 7 1/2 Uhr vertagt.

Personlich bemerkt

Abg. Borgmann (Soz.): Ich habe den Minister nicht einen Volksfeind genannt, sondern betont, wenn der Minister seine Markgrüte durch Anmaßungen sich vorzeichnen ließe, wie Abg. Malleschke sie betreibt, hat, dann wäre er ein Volksfeind. Die Beratung wird auf abends 7 1/2 Uhr, meine Herren! (Heiterkeit und Ruf: Auf Wiedersehen!) Schluss: 4 1/2 Uhr.

Deutscher Reichstag.

222. Sitzung vom 8. März, 12 Uhr.

Die Beratung des Postetats

wird fortgesetzt bei dem Titel Postämter-Zulagen.

Abg. v. Trinius (Natl.): Meine Freunde werden, wie stets, diese Schenkungs-Zulagen ablehnen, da sie in diesen lediglich eine Belastung für politische Parteien enthalten.

Der Titel wird hiermit genehmigt.

Bei einem weiteren Titel bemängelt

Abg. Lehmann (Soz.), daß die Krankeunterstützung in zu geringem Umfang auch an Familienangehörige gezahlt werde.

Abg. Gumbel-Blauen (Frei. Rp.) bittet um Erwidmung einer Postzusage für politische Parteien.

Staatssekretär Kraetzke: Wir haben diesem Verlangen zum Teil nachgegeben, halten aber die Sache, die jährlich etwa 30 000 Mark kosten würde, nicht für so sehr dringlich. Bei günstigerer Finanzlage werden wir über darauf zurückkommen.

Abg. Jrl (Natl.) bemängelt beim Titel Arbeiterkassen für Unterbeamte, daß die Schneider-Gewerkschaft nicht bei den Unterbeamten ausreichend berücksichtigt würden; so namentlich in Halle.

Staatssekretär Kraetzke: Wir berücksichtigen die Zunahme und Produktiv-Gewerkschaften so viel als möglich. Bei der Lieferanz in Halle hat sich aber nach unparteiischer Prüfung ergeben, daß das Angebot der Jrl, die schon öfter zur Zufriedenheit geliefert hatte, preiswürdiger war als das der Produktiv-Gewerkschaft.

Es folgt der Titel Vergütungen an Eisenbahn- und Schiffsunternehmungen.

Abg. Gatzberger (Natl.): Nach dem Bericht der Deutsch-amerikanischen Telegraphen-Gesellschaft hat diese mit der Reichspostverwaltung einen Garantievertrag abgeschlossen, wonach die Postverwaltung eine Garantie für die Verzinsung und Tilgung von Obligationen jener Gesellschaft übernimmt. Das ist ein sehr wichtiger Vertrag ohne Zustimmung des Reichstages unzulässig und wir verlangen eine Nachprüfung dieser Angelegenheit. Ferner sehen wir, daß auf deutschen Schiffen vielfach die englische Marconi-Gesellschaft unterwirft wird, während englische und überhaupt auswärtige Dampfer und Schiffe den vorzüglichen deutschen Leistungen vortreten. (Sehr richtig!) Weiter sehen wir, daß unter Reichspost für Postförderung nach überseeischen Ländern an die Schiffahrtsgesellschaften mehr gezahlt als Amerika für die Postförderung nach Deutschland.

Staatssekretär Kraetzke: Von einer Garantieübernahme des Reiches für die südamerikanischen Telegraphengesellschaft kann keine Rede sein. Wir haben lediglich mit der Gesellschaft einen Vertrag abgeschlossen, nach dem wir ihr eine bestimmte Vergütung gegenwärtig zu zahlen haben. Die Nachprüfung der Postförderung nach überseeischen Ländern an die Schiffahrtsgesellschaften mehr gezahlt als Amerika für die Postförderung nach Deutschland.

Staatssekretär Kraetzke: Von einer Garantieübernahme des Reiches für die südamerikanischen Telegraphengesellschaft kann keine Rede sein. Wir haben lediglich mit der Gesellschaft einen Vertrag abgeschlossen, nach dem wir ihr eine bestimmte Vergütung gegenwärtig zu zahlen haben. Die Nachprüfung der Postförderung nach überseeischen Ländern an die Schiffahrtsgesellschaften mehr gezahlt als Amerika für die Postförderung nach Deutschland.

Staatssekretär Kraetzke: Von einer Garantieübernahme des Reiches für die südamerikanischen Telegraphengesellschaft kann keine Rede sein. Wir haben lediglich mit der Gesellschaft einen Vertrag abgeschlossen, nach dem wir ihr eine bestimmte Vergütung gegenwärtig zu zahlen haben. Die Nachprüfung der Postförderung nach überseeischen Ländern an die Schiffahrtsgesellschaften mehr gezahlt als Amerika für die Postförderung nach Deutschland.

Staatssekretär Kraetzke: Von einer Garantieübernahme des Reiches für die südamerikanischen Telegraphengesellschaft kann keine Rede sein. Wir haben lediglich mit der Gesellschaft einen Vertrag abgeschlossen, nach dem wir ihr eine bestimmte Vergütung gegenwärtig zu zahlen haben. Die Nachprüfung der Postförderung nach überseeischen Ländern an die Schiffahrtsgesellschaften mehr gezahlt als Amerika für die Postförderung nach Deutschland.

In gleichen Sinne sprach auch die Stadt. Doch erst, wenn die und Professor Dr. Baquet, Stadt. Selme die eine Reihe sprechender Beispiele für solche Unge...

Der Deputat Stadtrat Grotz spricht über die Arbeit der Stadtkommission. Eine Beratung der Sachlegen ist zu...

Überbürgermeister Dr. Nibe trat den Angriffen des Stadts. Thiele in schärfster Weise entgegen. Das Auftreten des Stadts. Thiele verleiht...

Die am 14. d. M. in der Sitzung des Stadts. Thiele in schärfster Weise entgegen. Das Auftreten des Stadts. Thiele verleiht...

Der Deputat Stadtrat Grotz spricht über die Arbeit der Stadtkommission. Eine Beratung der Sachlegen ist zu...

Überbürgermeister Dr. Nibe trat den Angriffen des Stadts. Thiele in schärfster Weise entgegen. Das Auftreten des Stadts. Thiele verleiht...

Die am 14. d. M. in der Sitzung des Stadts. Thiele in schärfster Weise entgegen. Das Auftreten des Stadts. Thiele verleiht...

Der Deputat Stadtrat Grotz spricht über die Arbeit der Stadtkommission. Eine Beratung der Sachlegen ist zu...

Markt, nach Abführung der Gefäßauslasten, Steuern und Ländereien. Nach Fortsetzung des Referendats mit 100 000 M. des...

W. Hamburg-Amerika-Linie. In der gestrigen Aufsichtsratsversammlung wurde, wie schon zuvor gemeldet, beschlossen, die demnächst einzubringenden Generalversammlungen vorzuschlagen...

Die am 14. d. M. in der Sitzung des Stadts. Thiele in schärfster Weise entgegen. Das Auftreten des Stadts. Thiele verleiht...

A. Landwirtschaft und Warenmärkte.

Getreide, Hülsenfrüchte und Futtermittel.

L. Hamburg, 8. März. Rühliche ausländische Ernten in West- und Ostpreußen. Die Preise für Getreide sind...

Die am 14. d. M. in der Sitzung des Stadts. Thiele in schärfster Weise entgegen. Das Auftreten des Stadts. Thiele verleiht...

Die am 14. d. M. in der Sitzung des Stadts. Thiele in schärfster Weise entgegen. Das Auftreten des Stadts. Thiele verleiht...

Die am 14. d. M. in der Sitzung des Stadts. Thiele in schärfster Weise entgegen. Das Auftreten des Stadts. Thiele verleiht...

Die am 14. d. M. in der Sitzung des Stadts. Thiele in schärfster Weise entgegen. Das Auftreten des Stadts. Thiele verleiht...

Die am 14. d. M. in der Sitzung des Stadts. Thiele in schärfster Weise entgegen. Das Auftreten des Stadts. Thiele verleiht...

Die am 14. d. M. in der Sitzung des Stadts. Thiele in schärfster Weise entgegen. Das Auftreten des Stadts. Thiele verleiht...

0,00-0,00; andere Sorten 0,00; Magnum somm 0,00; Weis...



